

Wort- und Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

18. Sitzung
12. Dezember 2012

Ort: Restaurant Grunewaldturm
Havelchaussee 61
14193 Berlin

Beginn: 12.38 Uhr
Schluss: 14.11 Uhr
Vorsitz: Katrin Lompscher (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Jagdmunition

Philipp Magalski (PIRATEN) fragt, wie der Senat die bisher noch zulässige Verwendung von bleihaltiger Munition bei der Jagd unter dem Aspekt des Umweltschutzes und des Tier-schutzes einschätze. Seiner Fraktion gehe es insbesondere um Bleirückstände in der Natur und im Wild, das zur Vermarktung freigegeben werde.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) erklärt, dass im Dezember 2007 mit der Änderung der Jagdnutzungsvorschriften die grundsätzliche Verwendung bleifreier Munition in den Verwaltungsbezirken – das entspreche 86 Prozent der Jagdfläche Berlins – verfügt worden sei. Aus Sicherheitsgründen seien Ausnahmen zugelassen worden. Ob bzw. welche Auswirkungen Blei, aber auch Ersatzstoffe wie Zink und Kupfer hätten, werde gerade untersucht. Von den Ergebnissen der Untersuchung hänge ab, ob bleihaltige Munition grundsätzlich verboten werde.

Philipp Magalski (PIRATEN) stellt fest, dass sich Blei im Rückenmark anreichern und über Jahre Schäden verursachen könne. Sei es vor diesem Hintergrund aus Sicht des Senats wünschenswert, das ab dem 1. April 2013 geplante Verbot bleihaltiger Munition in den Berliner Forsten auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten, um zum Beispiel auch ein Verbot bleihaltiger Munition bei der Bejagung von Vögeln oder bei der Privatjagd in nicht landeseigenen Forsten durchzusetzen?

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) hält es für richtig, das Verbot bleihaltiger Munition auszuweiten, wenn die erwähnte Untersuchung zu entsprechenden Ergebnissen komme.

Der Abschuss von Federwild sei in Berlin äußerst gering. In den vergangenen fünf Jahren seien lediglich 15 Stockenten erlegt worden.

Entsorgung von Elektrokleingeräten

Marion Platta (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass seit Montag das Konzept für die einheitliche Wertstofftonne für Berlin vorliege, das die haushaltsnahe Sammlung von Elektrokleingeräten, Altholz, Alttextilien und Datenträgern wie CDs rückgängig mache. Welche neuen haushaltsnahen Entsorgungsmöglichkeiten, insbesondere für Elektrokleingeräte, die einerseits wertvolle Sekundärrohstoffe enthielten und andererseits bei der nun wieder vermehrt zu befürchtenden Entsorgung in der Restmülltonne für höhere Schadstoffbelastungen verantwortlich seien, werde der Senat mit den Entsorgungsunternehmen aushandeln?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) führt aus, dass das Land Berlin mit der neuen Wertstoffsammlung den Empfehlungen einer Studie des Umweltbundesamtes folge. Darin sei die gemeinsame Sammlung von Elektrokleingeräten, Altholz, Alttextilien und Datenträgern mit anderen Wertstoffen als nicht sinnvoll dargestellt worden. Die künftig von der Sammlung ausgenommenen Materialien könnten auf den Recyclinghöfen der BSR abgegeben werden. Zudem würden für Elektrokleingeräte rd. 50 Container auf öffentlichem Straßenland aufgestellt. Die BSR sei zwar in der Lage, mehr Container bereitzustellen, aber die Bezirke stellten keine weiteren Standplätze zur Verfügung. Darüber hinaus gebe es derzeit keine Verhandlungen über ein haushaltsnahes Erfassungssystem für Elektrokleingeräte.

Marion Platta (LINKE) interessiert, in welcher Form über die Standorte der Container informiert werde.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) geht davon aus, dass diese Information bereits auf der Internetseite der BSR veröffentlicht sei.

Berlin Energie

Felicita Kubala (GRÜNE) fragt, ob sich Berlin Energie allein oder mit einem Partner um die Konzession für das Gas- oder Stromnetz bewerben werde.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, dass es für beide Netze bereits eine Bewerbung bzw. Interessenbekundung von Berlin Energie gebe.

Felicitas Kubala (GRÜNE) möchte wissen, ob schon eine Entscheidung über mögliche Partner getroffen worden sei.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) stellt fest, dass dies noch nicht feststehe.

Klimaschutzrat

Danny Freymark (CDU) interessiert, welche Ziele der Klimaschutzrat in der laufenden Legislaturperiode verfolge.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) führt aus, dass sich der Klimaschutzrat neu konstituiert habe. Von den 16 Mitgliedern seien zehn neu und hätten tendenziell mehr Praxisnähe. Darunter seien Unternehmer, Unternehmensverbände und der Mieterverein. Insofern rechne er mit Neuerungen. Der Klimaschutzrat sei ein geeignetes Gremium, um Fragen der Klima-, Energie- und Umweltpolitik mit externen Experten aus der Praxis und Wissenschaft diskutieren zu können. Er gehe davon aus, dass es alle vier bis sechs ein Treffen geben werde, an dem StS Geabler und/oder er teilnähmen.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher (LINKE): Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Aktueller Waldzustand und Mischwaldprogramm des Senats
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0064](#)
StadtUm

in Verbindung mit

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Welche Bedeutung haben die Berliner Wälder als Einnahmequelle für den Landeshaushalt? Wie steht es um die ökologische Waldbewirtschaftung?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0039](#)
StadtUm

Es ist gute Sitte, dass ein Besprechungspunkt vorab begründet wird. Es wäre schön, wenn eine der Fraktionen den Besprechungsbedarf kurz begründen würde. – Herr Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Sehr geehrte Mitarbeiter der Berliner Forsten! Vielen Dank für die kurze und informative Exkursion! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Anzuhörende! Wir haben diesen Besprechungspunkt angemeldet, weil wir in Sorge um eine ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung der Berliner Wälder sind. Wir freuen uns, dass wir diese Anhörung hier im Grunewald machen können. Bedanken möchte ich mich auch bei Frau Anja Sorges, der Geschäftsführerin des NABU Berlin, dass sie uns heute als Sachverständige zur Verfügung steht. Die Berliner Wälder dürfen auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen

nicht in erster Linie ökonomischen Interessen dienen. Ich habe einiges darüber gehört, dass das nicht der Fall ist. Wie Sie wissen, dürfen die Wälder kein Tafelsilber sein. Ihr Erhalt ist Selbstzweck für uns, und sie dienen auch den Berlinerinnen und Berlinern als Erholungsorte.

Vor diesem Hintergrund möchte ich gern wissen, wie sich die Einnahmen aus den Holzverkäufen innerhalb von zehn Jahren mehr als vervierfachen konnten. Ich habe ja eine Kleine Anfrage gestellt – Drucksache 17/10219 –: Es waren im Jahr 2001 1,35 Millionen DM und im Jahr 2011 2,6 Millionen Euro. Ich habe bei dieser Exkursion vorhin einige Punkte erfahren, an denen das liegen könnte. Aber es wäre nett, wenn Sie darauf kurz eingehen könnten.

Das Personal wurde dagegen im gleichen Zeitraum von 350 Stellen auf 237 Stellen reduziert. Hier fragen wir uns, ob mit diesem Personalbestand eine hochwertige und ökologische Bewirtschaftung der Wälder in der Zukunft überhaupt möglich ist. Wir möchten im Rahmen dieser Anhörung aber auch erfahren, was bei der Bewirtschaftung der Berliner Wälder gut funktioniert und wo es Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich des Artenschutzes und des Naturschutzes, gibt. – Danke!

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher (LINKE): Vielen Dank! – Sie haben jetzt beide Tagesordnungspunkte zusammen begründet. Das finde ich auch okay. Deshalb behandeln wir sie auch zusammen, und ich würde jetzt als erster Anzuhörender Frau Sorges das Wort geben. – Bitte!

Anja Sorges (NABU Berlin): Vielen Dank für die Einladung! – Der NABU Berlin beurteilt die derzeitige Wirtschaftsweise der Berliner Forsten positiv. Wir stehen mit den Berliner Forsten in einem konstruktiven Dialog. Wenn man sich überlegt, dass die Berliner Forsten gleich zwei Zertifizierungssysteme ihr eigen nennen, die von den Naturschutzverbänden unterstützt werden, ist es, wenn wir etwas zu jammern oder zu meckern haben, Jammern und Meckern auf einem recht hohen Niveau. Die FSC-Zertifizierung wird vom NABU ausdrücklich unterstützt – das Naturland-Zertifizierungssystem sowieso. Die derzeitige Ausrichtung der Berliner Forsten auf eine an naturschutzfachliche Parameter sowie an die Erfordernisse eines Erholungswaldes für die Berliner Bevölkerung angepasste Wirtschaftsweise stellt für den NABU Berlin eine optimale Bewirtschaftungsform dieser Wälder dar. Wir haben hier einen Wald, der mehr auf die Schutz- und Erholungsfunktion ausgerichtet ist, und die Nutzfunktion ist ein Punkt, der im Rahmen des Waldumbaus, der Waldumwandlung in einen Mischwald durchgeführt wird. Eine rein wirtschaftliche Ausrichtung auf die Holznutzung, weil die Holzpreise gerade so schön hoch sind, wird von uns eher kritisch betrachtet. Die derzeitigen Erfordernisse des Holz- und Rohstoffmarktes würden in ihrer extremsten Umsetzung ein Waldbild und eine Wirtschaftsweise in den Berliner Wäldern nach sich ziehen, die sowohl von der Bevölkerung als auch vom Naturschutz überhaupt nicht akzeptiert werden würden.

Wir wurden im Sommer dieses Jahres um eine Stellungnahme zur FSC-Rezertifizierung gebeten. Das war eine Anfrage, die an sämtliche Naturschutzverbände gerichtet worden ist. Wir haben eine ganze Reihe positiver Punkte aufgeführt, wie wir das ökologische Verhältnis in der Waldbewirtschaftung sehen. Diese jetzt aufzuführen, würde den Zeitrahmen sprengen. Wir hatten natürlich ein paar kritische Punkte angemerkt, was die Quantität der Biotopholzmenge bzw. den Biotopholzanteil allgemein angeht, und wir hatten kritisch angemerkt, dass die naturschutzfachlichen Daten, die sowohl von den Berliner Forsten als auch von der Senatsverwaltung erhoben werden, derzeit keine vernünftige Schnittstelle haben, sodass man

sich immer aus ziemlich vielen Unterlagen etwas dezentral zusammensuchen muss, weil von unterschiedlichen Personen aus den unterschiedlichen Verwaltungseinheiten die Erhebungen nicht zusammengeführt werden können.

Das Stichwort Personal wurde von Herrn Dr. Altug kurz angemerkt. Von unserer Seite gab es auch Kritik, nicht nur, was die personelle Besetzung anbelangt. Natürlich muss ein Abbau von Verwaltungseinheiten vorgenommen werden. Wir befürchten jedoch, dass mit weiterem Abschmelzen der Personaldecke auch Kenntnislücken im Artenschutz entstehen, denn das forstliche Personal vor Ort muss geschult werden. Die Leute müssen ihren Wald kennen, um – wenn Holzeinschlag betrieben wird – entsprechende Fachkenntnis zu haben, um die Unternehmer in diesen Bereichen sachkompetent einzuweisen.

So, wie es derzeit durchgeführt wird, sind unsere Kritikpunkte wirklich auf einem sehr hohen Niveau, was die ökologische Betrachtung der Waldbewirtschaftung anbelangt. – Wenn es noch Detailfragen gibt, kann ich gern noch darauf eingehen.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Vielen Dank, Frau Sorges! – Ich denke, es ist in Ihrem Sinne, wenn jetzt erst mal Herr Lakenberg spricht. Er ist im strengen Sinn kein Anzuhörender, aber natürlich hören wir uns gern an, was er dazu sagt.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Ich will kurz die verschiedenen Aspekte beleuchten, die hier gefragt waren. Es ging einmal um den aktuellen Zustand des Waldes. Darüber haben wir heute noch gar nicht weiter gesprochen. Der Waldzustandsbericht sollte am Montag gemeinsam mit Brandenburg herausgegeben werden. Auf Brandenburger Seite gab es eine Verzögerung in der Abstimmung, sodass er am kommenden Dienstag, am 18. Dezember, herauskommen wird.

Kurz zusammengefasst kann man sagen, dass es keine deutliche Verbesserung des Waldzustandes gibt. Es gibt eine ganz leichte Verbesserung. Ungefähr ein Drittel der Bäume sind ohne Schäden. Bei den Schadstufen 2 bis 4 ist es ungefähr ein Viertel. Die Kiefer steht besser da als die Eiche. Das hat verschiedene Gründe, unter anderem auch, weil die Eiche jedes Jahr ihre gesamte Blattmasse neu bilden muss, damit Klimaschwankungen, Angriffen des Eichenprozessionsspinners oder anderer ausgesetzt ist und das nicht so kontinuierlich läuft wie bei der Kiefer, die bisher nicht in dem Maße betroffen ist. Es gibt aber deutliche Unterschiede zwischen Stiel- und Traubeneichen. Die Traubeneichen sind das, was wir heute auf den Hügeln gesehen haben. Die Stieleichen wachsen grundwassernah. Während bei den Traubeneichen 40 Prozent deutliche Schäden haben, sind es 89 Prozent bei den Stieleichen. Also, da gibt es Unterschiede.

Wir haben zusammen mit Eberswalde Untersuchungen in Brandenburg und Berlin laufen, wo wir uns mit der Frage beschäftigen – das geht auf meine Anregung zurück –, warum es zum Teil so ist, dass viele Bäume vom Eichenprozessionsspinner und anderen Schmetterlingsraupen kahl gefressen sind, und direkt daneben steht eine Eiche, die vollkommen grün ist. Man hat inzwischen festgestellt, dass manche Eichen toxische Stoffe als Abwehr produzieren können, die die Schmetterlinge des Eichenwicklers erkennen und an diesen Bäumen keine Eier ablegen. Es könnte sein, dass ein ähnlicher Effekt in Bezug auf den Eichenprozessionsspinner besteht, sodass man unter Umständen zu einer Empfehlung kommen könnte – wenn man neue Eichen pflanzt –, ob das zum Beispiel spät oder früh austreibende Provenienzen sein sollten, um das auf ein neues Niveau einzupendeln.

Zum Mischwaldprogramm haben wir mit dem größten Teil der hier Anwesenden draußen schon einiges diskutiert. Das Grundprinzip ist eine naturnahe Bewirtschaftung, also nicht gegen die Natur zu arbeiten, sondern die Kräfte zu nutzen und zu lenken. Das Thema Spätblühende Traubenkirsche hatten wir auch und alternativ die Problematik der reinen Kiefernbestände ohne alles, höchstens mit Gras. Von diesen bepflanzten Flächen, die wir heute gesehen haben, versprechen wir uns langfristig einen Schnellballeffekt, dass sich die Laubbäume, wenn sie größer sind, auch außerhalb aussamen und wir so schrittweise zu einem Mischwaldsystem kommen.

Wir hatten in diesem Jahr für das Mischwaldprogramm Haushaltsmittel in Höhe von 675 000 Euro zur Verfügung. Im nächsten Jahr werden es rund 800 000 Euro sein – dafür haben wir dann auch zwölf Monate Zeit – plus der 150 000 Euro, die wir – von dem Ausschuss angeregt – aufgestockt haben. Davon haben wir 120 000 Euro für den Inhalt dieses Programms verwendet und 30 000 Euro für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Da braucht man nicht so viel Geld, weil das häufig die Eigenanteilscofinanzierung zu Fördermitteln ist, die man in viel größerem Umfang – – Das sind meist 5 oder 10 Prozent Eigenanteil und der Rest sind Drittmittel, die man einwerben kann.

Ziel müsste es sein, in 50 Jahren auf 100 Prozent der Fläche Mischwald zu haben. Wir haben auf diesem Weg noch 15 000 Hektar vor uns.

Was die Einnahmen aus dem Wald angeht, will ich noch mal sagen: Die Holzerlöse sind eine Sache, aber was nicht in unserer Bilanz steht, ist, was wir sonst noch mit dem Wald und für den Wald erreichen können. Der Wald ist die größte Sportstätte Berlins. Da wird unheimlich viel Jogging und alles Mögliche gemacht. Wenn Sie sich die Immobilienpreise in Waldnähe angucken: Die sind in der Regel 20 Prozent höher. Davon haben wir nichts, aber das sind alles Effekte, die vom Wald für die Attraktivität der Stadt und den Klimawandel ausgehen. Wir werden noch froh sein, dass wir Achsen haben, wo sich der Wald in die Stadt reinzieht und damit für den Luftaustausch wichtig ist, damit wir in Zukunft im Sommer nicht so viele tropische Nächte bekommen, wo man nicht vernünftig schlafen kann, weil es über 20 °C warm und schwül ist. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir unser Trinkwasser von der Stadtfläche her sichern können. Auch da spielt der Wald – über 80 Prozent der Trinkwasserbrunnen sind im Wald – eine wichtige Rolle. Im Zusammenhang mit dem Mischwaldprogramm ist wichtig zu beachten, dass wir durch den Waldumbau ungefähr das ausgleichen können, was wir durch den Klimawandel an Grundwasserspende verlieren, was durch weniger Verdunstung nicht verloren geht.

Zu den Einnahmen – ich lasse Bußgelder usw. weg –, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmenmittel und Mittel aus der Walderhaltungsabgabe, die wir dann auch verfügbar haben: Der Holzeinschlag ist gestiegen. 2003 hatten wir rund 730 000 Euro Einnahmen und 2011 2,5 Millionen Euro. Das ist keine Sondersache bei uns, sondern die Preise sind insgesamt weltweit stark gestiegen. Es gibt hier keine EU-Deckelung der Preise, sondern die schwanken am Weltmarkt. Der Im- oder Exportüberschuss, zum Beispiel nach Kanada oder Nordamerika hängt immer auch vom Dollarkurs ab. Der Holzbedarf ist vor allem im thermischen Bereich für die schwachen Holzsortimente gestiegen. Bei den höherwertigen Hölzern sind die Preisanstiege viel geringer. Da ist der Bedarf nicht entsprechend hoch oder die Konkurrenz zwischen thermischer Verwendung, Spanplatte, Papier wie bei den schwachen Sortimenten.

Wie wir draußen schon erläutert haben, kommt diese Preissteigerung nicht durch vermehrten Holzeinschlag zustande, sondern der ist die ganze Zeit ungefähr auf demselben Niveau. Er schwankt jährlich. Wenn die Preise schlecht sind oder einbrechen, wie wir es vor ein paar Jahren gerade hatten, reduzieren wir das Volumen etwas und warten, bis es wieder höher geht. Wir gehen ein ziemlich hohes Risiko ein. Das trägt auch zu diesen Preissteigerungen bei. Wir machen nur jährliche Verträge. Brandenburg macht drei- bis fünfjährige Verträge mit Firmen. In der Zeit ist unser Preis dreimal so stark gestiegen wie der in Brandenburg. Damit ist das Risiko hoch, dass es auch runtergehen kann. Aber wir haben jetzt, weil wir tendenziell erwarten, dass das Holz knapp bleiben oder noch knapper wird, immer über Ausschreibungen jährlich eruiert, wie die Marktsituation ist, und dadurch gute Preise bekommen.

Zu den Firmen, die eingesetzt werden: Über 80 Prozent des Holzeinschlags machen bei uns Dritte, weil die Rentnercombo, die ich schon erwähnt habe, mit ungefähr 51 Jahren Altersdurchschnitt, körperlich nicht mehr in der Lage dazu ist und wir auch nicht die entsprechende Technik haben. Die kaufen wir uns mit den Firmen ein. Es würde sich für uns nicht rechnen, Prozessoren zu betreiben. Das bedeutet, dass wir verstärkt Firmen beaufsichtigen müssen. Dadurch verändert sich das Tätigkeitsfeld. Im Zusammenhang mit der FSC-Zertifizierung gucken wir, dass die den Leuten Mindestlohn zahlen, dass sie sozialversichert sind und die Unfallverhütungsvorschrift eingehalten wird, sonst fliegen die Firmen aus dem Vertrag. In den letzten Jahren hatten wir drei Firmen, mit denen wir die Arbeit abgebrochen haben.

Zur ökologischen Waldentwicklung: Wir haben die Zertifizierung, auf die Frau Sorges schon kurz eingegangen ist. Wir haben ein Dreisäulenmodell beim FSC: die ökologische, die ökonomische und die soziale Komponente. Drei verschiedene Kammern entwickeln diese Zertifizierungskriterien. Wir werden jedes Jahr von einem unabhängigen Zertifizierer geprüft. Jetzt war gerade – deswegen waren die Naturschutzverbände einbezogen – eine Rezertifizierung dran. Alle fünf Jahre wird grundsätzlich neu überprüft, ob das Zertifikat wieder vergeben werden kann. Wir haben eine umfängliche Zertifizierung hinter uns. Die beiden Zertifikate wurden verlängert. Ich finde es im Prinzip positiv, dass ein unabhängiger Dritter jedes Jahr in den Betrieb kommt und guckt, ob wir seiner Ansicht nach korrekt arbeiten. Wir wissen vorher nicht, was er prüft und in welche Bereiche er gehen will. Damit keine Mausehelei mit dem Zertifizierer passieren kann, kommt in bestimmten Jahren, auch vom FSC entschieden, ein Supervisor dazu, der den Zertifizierer überprüft, ob seine Auslegung der Bestimmung in Ordnung ist, und ob das alles richtig und korrekt verläuft, denn wie üblich wird der Zertifizierer von dem geprüften Betrieb bezahlt. Da könnte es zu gewissen engen Verbindungen kommen, und das wird auf diese Weise vermieden.

Die Ergebnisse dieser Revision werden im Internet veröffentlicht. Uns prüft IMO. Das ist eine Schweizer Firma, die nur Zertifizierungen macht, in allen möglichen Wirtschaftsbereichen. Man kann die wesentlichen Mängel oder was auch immer bei der Begehung festgestellt wurde, im Internet nachlesen. Das ist also ein transparenter Prozess. – So viel hierzu.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. – Herr Magalski!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Sorges und Herr Lakenberg! Es freut die Piratenfraktion, dass die waldbaulichen Tätigkeiten zielorientiert stattfinden und die Entscheidungen und Umsetzungen im Bereich der Erneuerung, der Pflege und dem Schutz des

Waldes dienen. Die dürfen unserer Meinung nach nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Das ergibt sich unseres Erachtens aus § 10 des Landeswaldgesetzes Berlin, der die gesamten Berliner Waldgebiete als Schutz- und Erholungswald ausweist. Wir fragen uns, ob die exterritorialen Enklaven, die Forsten in Prenden, Lanke und Ützdorf, auch dem Berliner Landeswaldgesetz unterliegen, oder ob dort Brandenburger Gesetze greifen. Die Frage interessiert uns sehr.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Vielen Dank! – Einige Fragen sind schon beantwortet worden, zum Beispiel die zum Eichenprozessionsspinner. Vielen Dank, dass Sie so deutlich gesagt haben, wie die Belastungen sind.

Eine andere Frage hat sich mir im Zusammenhang mit dem Datenbericht – ursprünglich Lokale Agenda –, der in diesem Jahr bereitgestellt worden ist, gestellt. Darin sind auch Aussagen zur Biodiversität im Zusammenhang mit den Populationen der Vögel getroffen worden. Mich würde interessieren, wie die Situation eingeschätzt wird, was sich im Wald getan hat, weil insgesamt aus diesem Datenbericht hervorgeht, dass auch in Zukunft eher mit abnehmenden Zahlen zu rechnen ist. Ich denke, da sollten wir irgendwann gegensteuern. Momentan sieht der Datenbericht eher negativ aus.

Das wäre gleichzeitig eine Frage an Frau Sorges. Wie sehen Sie die Situation? Wir haben im Wald besondere Vogelarten – Greifvögel, den Schwarzstorch, Seeadler –, wo wir besondere Möglichkeiten oder Einschränkungen bei den Pflegearbeiten im Wald zu verzeichnen haben. Mich würde interessieren, inwieweit diese Brutkolonien oder Einzelhorste regelmäßig begangen und beobachtet werden, und welche Auswirkung sie letztendlich auf die Pflegearbeiten im Wald haben.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Vielen Dank! – Herr Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Ich habe einige Fragen an Herrn Lakenberg. Sie haben von dem Waldzustandsbericht gesprochen. Es ist seit den Siebzigerjahren bekannt, dass der Wald stirbt, dass einige Baumarten nicht mehr existieren usw. Ich würde gern von Ihnen wissen, ob Sie als Förster ein Gegenmittel haben. Das ist ein seit Langem bekanntes Problem. Mit Gegenmittel meine ich, ob man andere Baumarten anpflanzen könnte. Das ist ein Problem, das beim Umweltschutz eine große Rolle spielt. Trotzdem gibt es vielleicht Ihrerseits Lösungsansätze. Das möchte ich gern wissen.

Wir haben uns kurz über den Eichenprozessionsspinner unterhalten und dass man Neembaumöl verwenden könnte. Ich würde gern wissen, seit wann das bekannt ist. Soweit ich auf meine Kleine Anfrage eine Antwort bekommen habe, wird mit üblichen Insektiziden gearbeitet. Mich würde interessieren, ob das in Zukunft anders sein wird. Muss man sie im Wald überhaupt bekämpfen? kann das die Natur nicht selbst regeln?

Eine letzte Frage wäre: Wie ist der Wildbestand in den Berliner Forsten, und wie ist die Jagd und der Umgang damit? Ich meine nicht die Jagd in Berlin, aber Berlin hat auch Wälder in Brandenburg. Mich würde interessieren, wie damit umgegangen wird. – Danke!

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Vielen Dank! – Frau Haußdörfer, bitte!

Ellen Haußdörfer (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe zwar heute die Führung verpasst, aber in Köpenick, wo Sie dieses Programm auch durchführen, habe ich sie schon mal mitgemacht. Vielleicht sind einige meiner Fragen während des Spaziergangs beantwortet worden. Da bitte ich um Entschuldigung.

Ich habe einige Fragen, die sich in Teilen zumindest an die schon gestellten anschließen. Herr Lakenberg! Sie haben ausgeführt, dass der Wald neben der reinen Nutzungsfunktion noch andere Funktionen hat. Damit ergeben sich in der Regel Konflikte mit den Nutzern des Waldes. Einer dieser Nutzungskonflikte, mit denen wir häufig gerade über die Kommunalpolitik viel zu tun haben, sind die Hundeauslaufgebiete, wo wir nicht nur in unserem Bezirk Trepow-Köpenick eine Ausweitung haben und auch den ersten erfolgreichen Einwohnerantrag in der BVV hatten, sondern in vielen anderen Bezirken weigern sich die Forsten, dem nachzugeben bzw. haben die Forsten Gründe, die Zustimmung zu verweigern. Wie schätzen Sie das ein, und welche Nutzungskonsense sind möglich, um vielleicht zu einem pragmatischen Umgang zu kommen, denn so haben wir nur den wilden, unkontrollierten Auslauf. Auf dem Tempelhofer Feld ist es eigentlich ganz gut gelöst. Da fragt man sich, ob nicht gerade in den großen Flächenbezirken die Möglichkeit besteht, auch hier Hundeauslaufgebiete auszuweisen.

Darauf bezieht sich meine zweite Frage. Frau Platta hat schon die Situation der Vögel angesprochen und die Diversität. Herr Dr. Altug hat die Frage nach dem Bestand angesprochen. Wir haben eher mit Wildschweinen und Rehwild zu tun, im Gegensatz zu Brandenburg, wo extrem viel Damwild dazu kommt. Regelmäßig im Frühjahr und Herbst machen Sie Kampagnen, wie man zum Beispiel mit dem Hausmüll umgeht, oder dass man Wildschweine nicht anlockt etc. Trotzdem gibt es immer größere Konflikte zu den auftretenden Schäden, aber auch zu den – ich sage es in Anführungszeichen – Gefahrensituationen, wenn sich Wildschweine in Vorgärten oder in die Stadt verirren. Da ist die Frage, wie weit sich die Präventionskampagne der Forsten auf den Bestand als solchen auswirkt, denn ich glaube, dass das ein Thema ist, das regelmäßig wiederkommt.

Noch zwei Fragen: Wir waren sehr stolz darauf, dass wir in den Haushaltsberatungen die Investitionsmaßnahmen der Forsten wieder auf den alten Stand zurückführen konnten. Sie haben gesagt, dass die 30 000 Euro perspektivisch für die Renaturierungsmaßnahmen reichen. Kann das auch für die nächsten Jahre so gelten? Ich höre von Erfahrung, dass im Bereich der Renaturierung auch kleinere Gebäude abgetragen werden müssen, um nachzuforsten, was sich durchaus auf den Etat der Forsten auswirkt.

Die zweite Frage: Wir diskutieren gerade in diesem Ausschuss über den Fachpersonalmangel. Wie sehen Sie das im Bereich der Forsten, Ingenieure, Förster etc.? Wie ist da die Nachwuchssituation, und wie stellen Sie sich das neben diesem reinen Personalbestand, der in den vorherigen Jahren abgebaut wurde, vor? Besteht noch Handlungsbedarf, vielleicht im Rahmen einer kleinen Werbekampagne? Von Brandenburg kenne ich das ganz gut. Dort hat man massiv mit Personalmangel zu kämpfen. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Frau Vogel beschließt jetzt den Reigen.

Katrin Vogel (CDU): Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! Es war sehr interessant, was Sie uns hier berichtet haben. Leider konnte ich aus verkehrstechnischen Gründen auch nicht an der Waldbegehung teilnehmen.

Ich wollte auch fragen – Frau Haußdörfer hat es mir schon vorweggenommen –, wie Sie die Hundeauslaufgebiete bewerten, zum Beispiel, das, was es seit vielen Jahren am Grunewaldsee gibt. Können Sie eine Einschätzung geben, ob Sie das im Hinblick auf den Zustand des Waldes eher kritisch sehen, oder ob man das neutral bewerten kann? Von der Bevölkerung und den Hundebesitzern wird dieses Hundeauslaufgebiet sehr gut angenommen. Ich kann es als Hundehalter nur unterstreichen, dass das eine wünschenswerte Einrichtung ist, die hoffentlich erhalten bleibt.

Meine zweite Frage bezieht sich auf das ausgebaute Reitwegenetz in den Berliner Wäldern. Wie sind da Ihre weiteren Planungen? Gibt es Planungen, das weiter auszubauen? Soll es so belassen werden? Sehen Sie das hinsichtlich des Waldzustandes als problematisch an, oder ist das eher neutral zu bewerten?

Eine kurze Frage zur personellen Situation: Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Sie Stellen für Auszubildende ausschreiben. Wie war die Resonanz? Sind die von Ihnen angebotenen Plätze in den letzten Jahren alle belegt worden, oder beklagen Sie sich über Nachwuchsman- gel? – Danke!

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Jetzt haben Sie wieder das Wort. Wer möchte an- fangen? – Frau Sorges!

Anja Sorges (NABU Berlin): Ich glaube, ich bin schnell mit meiner Antwort, denn mir wurde nur eine Frage zum Thema Biodiversität und Vogelpopulationenentwicklung speziell im Wald gestellt, ob es allgemein im Wald abnehmende Vogelpopulationen gibt. Da müsste ich jetzt genau reingucken, aber generell kann man sagen, dass die Abnahme eher bei den Arten der Gärten, Parkanlagen, Hecken- und Feldgehölze sowie bei den Bodenbrütern ist, weniger im Wald. Generell gilt, dass die Pflege- oder Einschlagmaßnahmen, die im Forstbereich durchgeführt werden müssen, nicht in der Brutsaison stattfinden sollten. Im Idealfall setzen sie sich die Förster auf dem „kleinen Dienstweg“ mit den bekannten Beringern bzw. Ornitho- logen in Verbindung und sprechen ab, ob irgendetwas über Horste bekannt ist. Ich weiß, dass es einige Kollegen aus dem Bereich des NABU gibt, die den ganz „kleinen Dienstweg“ be- schreiben. Das ist allerdings nichts, was pauschal auf die Berliner Forsten übertragen werden kann, denn es ist das persönliche Kennen, was häufig eine Rolle spielt. Aber solange man sich an die Vorgabe hält, dass in der Brutsaison im Wald nicht eingeschlagen wird, kann eigentlich nicht viel passieren. Die Vogelarten, die wir hier im Wald haben, profitieren sehr stark vom Erhalt von Altholzinseln, von Biotopbäumen, vor allen Dingen von stehendem Totholz, das ebenfalls Teil der FSC-Zertifizierung ist. Aber das schließt ein bisschen an das an, was ich eingangs sagte. Man braucht durchaus auch unter den Förstern die entsprechenden Experten, die ein Auge darauf haben und bei Bedarf die Firmen entsprechend einweisen können, dass sie gefälligst die Finger von ganz bestimmten Bereichen zu lassen haben.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Ich knüpfe gleich bei den Brutvögeln an. Es ist schwer zu beurteilen, ob deren Zahl abnimmt oder nicht, weil das auch von den Ansprüchen der einzelnen Arten abhängt. Es nimmt zum Beispiel die Zahl der Baumfalken ab, die offenes

Gelände brauchen, wovon es in der Nachkriegszeit jede Menge gab, aber da sich die Waldbestände inzwischen einigermaßen erholt haben und stärker gemischt sind, werden solche Arten aus diesen Bereichen zugunsten anderer Arten verdrängt. Es gibt Schwerpunktbereiche, zum Beispiel in Wannsee. In dem Wald haben wir eine solche Dichte an Spechten der verschiedensten Arten, wie sie sonst nur annähernd in Urwäldern bekannt ist. Die Wälder sind sehr eichenreich, und die Struktur muss dafür sehr günstig sein. Das ist von Bereich zu Bereich sehr unterschiedlich. Auf den Rieselfeldern nimmt jetzt die Zahl bestimmter Vogelarten ab, die Trockenstandorte bevorzugen, weil wir es geschafft haben, dort mehr Wasser in der Region zu halten im Rahmen der Umgestaltung. Hier kommen natürlich wieder wassergebundene Vögel hinzu, die völlig weg waren. Es ist schwer zu sagen, aber dass die Arten eher weniger werden – da ist der Wald nicht ausgenommen – ist der grundsätzliche Trend, nicht nur in Deutschland.

Zu der Frage: Welchen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen die Berliner Waldflächen in Brandenburg? – Da gilt natürlich das brandenburgische Landesrecht. Aber unsere Waldbau-richtlinie, nach der wir arbeiten, und die Zertifizierungskriterien sind für die ganzen Berliner Flächen die gleichen, also auch für die 12 000 Hektar in Brandenburg. Da wir mehr tun als das Minimum, das im Gesetz definiert ist, kommen wir auch in keine Konflikte oder Probleme. Da wird genauso gearbeitet wie auf den anderen Flächen.

Weil wir beim Thema Vögel waren, wollte ich noch zum Schwarzstorch sagen: Wir haben das Siethener Elsbruch – das ist am südlichen Autobahnring – komplett aus der Bewirtschaftung genommen.

Es werden keine Pflegemaßnahmen durchgeführt. Dort wird zwei bis drei halbe Tage gejagt und der Rest des Jahres gar nicht. Wir schaffen den Jahresabschuss, den wir erreichen wollen, bei diesen drei Jagden. Sonst wird der Wald dort in Ruhe gelassen. Das ist ein typisches Gebiet, wo früher der Schwarzstorch heimisch war. Ich denke, er wird dort auch irgendwann wieder auftauchen. Das Problem ist, dass man nicht bereit ist, die von den Stadtgütern verpachteten Wiesen ringsherum aus der Verpachtung herauszunehmen. Bei einzelnen Flächen müsste der Wasserstand angehoben werden, weil diese Feuchtwiesen für die Ernährung des Schwarzstorches von Bedeutung wären. Da ist bisher leider weder mit den Pächtern noch mit den Stadtgütern zu reden.

Pflegeeinschränkung: Es ist so, wie es schon gesagt wurde. Im Gesetz ist vorgesehen, dass während der Brutzeit kein Holzeinschlag stattfindet, sodass es normalerweise nicht zu Kollisionen kommt.

Es wurde nach einem Gegenmittel gegen das Waldsterben gefragt. Das Grundproblem sind unter anderem immer noch die Stickstoffeinträge aus dem Verkehr. Die Großemittenten von NO₂ usw., die Braunkohlkraftwerke, sind weg, aber die Belastung durch den Verkehr nimmt immer noch nicht ab. Da gibt es eine Dauerbelastung, der Klimawandel kommt dazu. Es gibt verschiedene Ansichten. Es gibt Forstkollegen, die der Ansicht sind, man sollte auf andere Baumarten ausweichen, zum Beispiel auf die Douglasie. Das wäre bei unserer Zertifizierung nicht zulässig. Wir haben mit heimischen Arten zu arbeiten. Ich verspreche mir ehrlich gesagt nicht viel davon, weil die heimischen Arten eine viel längere Erfahrung mit unserer Klimaentwicklung haben, als wenn wir zum Beispiel aus Nordamerika andere Sorten einführen. Es gibt Naturschützer, die fordern, jetzt mal die Korneiche auszuprobieren.

Was man auf jeden Fall machen kann und was interessant ist, ist, zu gucken, ob wir vielleicht andere genetische Herkünfte unserer Eiche hier einbringen sollten. Unser Klima wird 2050 von der Temperaturskala her usw. ungefähr so sein, wie es jetzt in den trockenen Steppengebieten Rumäniens ist. Da wachsen auch Eichen, die genetisch unterschiedlich und an andere Verhältnisse angepasst sind als unsere Eichen. Das Problem ist, dass der Klimawandel so schnell läuft, dass die Arten – die Bäume werden älter als wir und reagieren entsprechend langsam – Schwierigkeiten haben, sich durch die normale Evolution so schnell anzupassen.

Es wäre in der Zukunft zu überlegen – im Moment geht es rechtlich nicht –, ob man nicht solche Herkünfte hier mit einbringt, um die genetische Breite in den einzelnen Waldbereichen zu erhöhen. Das könnte man zum Beispiel durch Saat machen. Wir setzen sehr stark die Eichelhäher als ehrenamtliche Hilfskräfte ein, denen wir Eicheln zu Verfügung stellen, damit sie sie sähen. Das ist eine sehr kostengünstige Methode und funktioniert wunderbar, weil die ein genaues Auge dafür haben, wo die Belichtungsverhältnisse optimal sind, damit so eine Eichel keimt. Die wissen das viel besser als wir.

Zu der Frage nach dem Neembaumöl: Im Moment wird für das kommende Jahr eine Strategie des Senats vorbereitet, was man vorbeugend tun kann. Es gab eine entsprechende Abstimmungsrunde mit den Bezirken, den Berliner Forsten usw. Das ist jetzt in Vorbereitung. In Brandenburg sind schon 16 Tonnen Dipel usw. für die nächste Bekämpfungsaktion vom Hubschrauber aus beschafft worden. Wir werden das in Berlin nicht so machen. Es ist generell so, dass jeder den Wald auf eigene Gefahr betritt. Wir können nicht an Millionen von Bäumen etwas gegen den Eichenprozessionsspinner machen. Es gibt besondere Gefährdungssituatio-

nen. Die Eiche stirbt überwiegend nicht durch den Eichenprozessionsspinner. Das Problem ist die menschliche Gesundheit. Vor allem in Randbereichen, wo Kinderspielflächen, wo Kitas sind, also, wo sich Menschen länger an einer Stelle aufhalten, ist die Gefährdung besonders groß. Das hängt auch immer von der Witterung ab. Es wird in Zukunft versucht, mit diesem Neembaumöl, also einem Öl aus einem nicht einheimischen Baum, das in diesem Jahr schon an verschiedenen Stellen erprobt wurde und in Waldrandbereichen eine gute Wirkung erzielt hat, zu arbeiten, und zwar präventiv. Das kostet ungefähr ein Zehntel der Absaugmethode. Trotzdem kann man damit nur an einzelnen Bäumen arbeiten. Aber man kann es vorbeugend, gerade bei diesen Randbereichen, den Rändern von Kleingartenkolonien, Siedlungen usw., diesen besonders gefährdeten Bereichen, versuchen. Man wird sich darauf konzentrieren müssen, da präventiv zu arbeiten. An diesen Gesprächsrunden waren auch die Fachfirmen beteiligt. Die haben also einen gewissen Vorlauf, sich darauf einzustellen, was auf sie zu kommt, um dann entsprechende Geräte vor Ort zu haben.

Der Eichenprozessionsspinnerbefall ist nicht immer jährlich gleich, und es wird nach Ansicht der Experten noch mindestens sechs bis acht Jahre dauern, bis Gegenspieler nachgerückt sind, die vielleicht dazu führen, dass die Ausbreitung von Jahr zu Jahr stärker schwankt. Ich halte es für unsinnig, Eichen abzuholzen, wie es einige Gemeinden schon machen, und durch andere Baumarten zu ersetzen. Wer weiß, welche Probleme wir in fünf bis sieben Jahren wieder damit haben. Ich denke, die Umweltbedingungen verändern sich in eine bestimmte Richtung. Da muss man ansetzen. Ich sehe das Problem, andere Baumarten auszuwählen, die weniger empfindlich sind, auch dabei, dass dann der Frühwarneffekt des Bioindikators Wald im Zweifelsfall später kommt und wir noch weniger Zeit haben, uns etwas zu überlegen. Insofern ist eigentlich nicht der Weg, den Wald dem Klimawandel anzupassen, sondern man muss an den Klimawandel ran.

Nach Wildbestand und Jagd wurde auch gefragt. Wir bemühen uns natürlich, den Wildbestand möglichst gering zu halten. Im Moment hören Sie kaum etwas von Wildschweinproblemen in der Stadt. Wir haben drei harte Winter gehabt. Das wirkt stärker als die Regulierung durch Abschuss. Es gibt aber eindeutig einen geringeren Schwarzwildbestand. Wir haben immer wieder Probleme, dass sie zum Beispiel gefüttert werden – meistens mit ungeeigneten Lebensmitteln –, damit die gut durch den Winter kommen und sich gut vermehren. Die Gefahr der Schweinepest gibt es unter Umständen auch, wenn Fleisch dabei ist. Nudeln sind sehr beliebt. Sie sehen dann manchmal Wildschweine, die aussehen, als wenn sie sich bei McDonald's ernähren würde, also nichts als Fett. – Prävention: Wir versuchen, immer wieder darauf hinzuweisen. Es gibt auch Bußgelder für Fütterer. Wir haben gerade auch in dem Bereich Hartnäckige, die sich immer wieder vom Gericht verurteilen lassen, nicht zahlen und trotzdem weiter füttern, die also unbelehrbar sind. Aber das ist in meinen Augen Tierquälerei, sie mit ungeeigneten Futtermitteln vollzustopfen. Letztendlich müssen wir sie exekutieren, irgendwie weglocken. Die haben keine Angst vor dem Menschen. Da kommt es zu Unfällen. Die beißen den Leuten in die Hand, weil sie den Apfel nicht hergeben wollen oder so. Das sind Zustände, die nicht gehen. Man nimmt den Tieren eigentlich auch ihre Würde als Wildtier, wenn man sie so behandelt.

Nutzungskonflikte war ein Thema, Beispiel Hundenauslaufgebiete. Die Hundenauslaufgebiete beinhalten ein großes Konfliktpotenzial, gerade die großen. Da gibt es zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände, die auch dadurch zustande kommen, dass wir kaum noch mit Personal vor Ort sind, die Polizei sowieso nicht, und die Ordnungsämter sind zum Teil nicht zuständig.

Dieses Vakuum führt zu schwierigen Verhältnissen. Wir versuchen immer wieder, regelnd einzugreifen. Ein Problem ist sicherlich, dass die Verteilung der Hundeauslaufgebiete historisch gewachsen ist und in keinem Zusammenhang zu der Hundedichte in den jeweiligen Bereichen steht.

Ein anderes Problem ist, dass es in Brandenburg keine Hundeauslaufgebiete gibt. Die Brandenburger fahren zum Beispiel auch in den Grunewald – das sieht man an den Autokennzeichen –, insbesondere, wenn ringsherum wegen Waldbrandgefahr gesperrt ist. Wir machen unseren Wald nicht zu, weil wir sagen, je mehr Leute drin sind, desto eher wird ein Feuer entdeckt. Dann reisen die auch noch alle an und lassen hier ihre Hunde laufen. Wenn man neue Hundeauslaufgebiete einrichten will, muss man diesen Tourismusfaktor mit im Auge haben. Ich will jetzt nicht über die Tonnage an Kot und Urin reden, die zum Teil in den Brunngalerien abgeladen wird. Es gibt eine Untersuchung der TU, was das für Mengen sind. Das ist abenteuerlich.

Dann war noch die Frage, ob im Hinblick auf Renaturierung das Geld reicht. Da ist das Grundproblem – ich verknüpfe das mal mit dem Personal –, dass wir im Grunde mehr als wir jetzt an Drittmitteln verarbeiten – – Wir haben jetzt pro Jahr in der Regel mehr Drittmittel, als unser ganzer Sachhaushalt ist, was wir uns von anderer Seite besorgen. Mehr ist im Grunde mit dem vorhandenen Personal gar nicht zu managen. Wir hätten noch mehr Geld beantragen können, aber wir haben nicht die Leute, die sich darum kümmern können. Ich hatte draußen im Wald kurz gesagt: Bis 2016 wird gespart. Ab 2017 gehen bei uns von 278 Leuten 85 regulär in den Ruhestand, ich selbst auch. Ein Drittel der Führungskräfte geht innerhalb von drei Jahren, und ich mache mir extreme Sorgen, wie wir den Standard, das Wissen transportieren können und das Ganze handhaben können. Wenn man das Mischwaldprogramm nimmt: Wir haben hochgerechnet, dass wir mit dem jetzigen Mitteleinsatz 75 Jahre brauchen, bis wir das Ziel erreicht haben. Wir müssten es eigentlich in 50 Jahren schaffen, um die Wasserbilanz des Grundwassers auszugleichen. Mit dem jetzigen Personal könnten wir das nicht machen. Wir könnten im Grunde nicht mehr Geld sinnvoll ausgeben, weil das auch alles überwacht werden und einer gucken muss, was die Firmen da draußen treiben. Es müssen bestimmte Vor- und Nacharbeiten sein.

Es wurde nach dem Reitwegenetz gefragt: Wir haben nicht vor, etwas an dem Reitwegenetz, wie es jetzt ist, zu ändern. Wir haben es in den letzten Jahren etwas reduziert, weil viele Wege zugewachsen sind, was zeigt, dass der Druck nicht so hoch ist. Die Pferdedichte ist, nachdem sie erst abgenommen hatte, in Berlin wieder höher geworden. Aber ich denke, es reicht aus. In Brandenburg kann man in der Regel auf allen Waldwegen reiten. Diese Regelung haben wir nach wie vor nicht, denn wenn jetzt auch noch die Pferde um den Grunewaldsee laufen würden und die Leute mit den Kinderwagen diese Schlaglochpisten lang müssten und auch die Radfahrer, hätten wir neue Konfliktherde. Deswegen haben wir versucht, diese Interessenkonflikte durch die Hundeauslaufgebiete, die es seit 120 Jahren gibt, und durch getrennte Reitwege ein bisschen zu entzerren. Ich denke, vom Prinzip her macht das Sinn, auch um Gefahrensituationen zu vermeiden.

Es wurde nach Auszubildendenstellen gefragt und wie es mit dem Nachwuchs aussieht. Wir haben vor drei Jahren noch ein viertes Ausbildungsrevier aufgemacht. Wir haben also 24 Ausbildungsplätze – vier mal sechs – auf die drei Jahre Ausbildung bezogen. Davon sind im Moment 23 besetzt. Wir hatten alle besetzt, es gab einen Auflösungsvertrag. Der Frauen-

anteil schwankt meist zwischen 40 und 60 Prozent, also um die 50 Prozent. Wir bekommen alle Plätze besetzt, merken aber, dass die Bewerberzahl sinkt. Wir hatten früher auf einen Platz sechs Bewerber. Jetzt sind es noch drei. Wir werden deswegen ein bisschen mehr Information und Werbung machen, zumal im nächsten Jahr das Prinzip der Nachhaltigkeit 300 Jahre alt wird. Im Forstbereich ist die Nachhaltigkeit erfunden worden, und das ist im kommenden Jahr genau vor 300 Jahren gewesen. Das ist auch ein Anlass für uns, jetzt auf das Forstpersonal hinzuweisen. Im Beamten- oder Angestelltenbereich ist es mit dem Nachwuchs schwieriger. Wenn man da eine Stelle ausschreibt, hat man ungefähr noch ein Sechstel der Bewerber von vor einem Jahr, weil auch andere feststellen, dass man irgendetwas gegen die Überalterung machen muss. Dort wird in viel stärkerem Maße darauf reagiert als bei uns, wo immer noch abgebaut wird. Die Auszubildenden würden gern alle hinterher bei uns tätig werden. Wir hätten im Grunde genommen keine Probleme, Nachwuchs zu rekrutieren. Nach der Ausbildung werden sie in der Regel ein Jahr befristet bei uns beschäftigt. Dann können sie Berufserfahrung nachweisen, sich erfolgreich woanders bewerben. Viele gehen zum Beispiel zur Bahn für die Begleitgrünpflege, was sie aber alle langweiliger finden als die Tätigkeit bei uns.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Es hat noch eine Wortmeldung gegeben. – Herr Trapp!

Peter Trapp (CDU): Schönen Dank! – In Bezug auf die Reitwege haben Sie auf ein Problem hingewiesen, das ich festgestellt habe, wenn ich mit meiner Mannschaft am Teufelsberg Sommervorbereitungen mache: Mountainbikefahrer, die keinerlei Rücksicht nehmen und ohne Ende durch den Wald düsen. Wie stehen Sie dazu? Gibt es dafür extra Wege oder irgendwann mal einen Mountainbikepark im Wald? Ich fand es unmöglich, wie die durch den Wald geforstet sind.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Das Radfahren ist nur auf Wegen erlaubt. Daran halten sich bestimmte Leute nicht. Es gibt auch, was das Mountainbikefahren angeht, europaweit einen regelrechten Tourismus zu unseren großen Bergen, also zum Teufelsberg und in die Müggelberge. Wir haben mit der Polizei zusammen, die sich undercover bei einer Veranstaltung eingeschleust hat, diejenigen ausfindig machen können, die die Verantwortung dafür tragen. Statt ein Bußgeld für 60 Leute zu verhängen, haben wir mit denen probeweise einen Vertrag abgeschlossen, in dem geregelt ist, was sie dürfen, was nicht und in wieweit sie für die Verkehrssicherungspflicht verantwortlich sind. Den Vertrag haben wir jetzt unbefristet verlängert, weil die Zusammenarbeit funktioniert. Am Teufelsberg bekommen wir die Ansprechpartner nicht, und die Polizei kommt auch nicht hinterher, wenn die türmen.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Vielen Dank! – Bitte schön!

Irene Köhne (SPD): Noch eine kurze Frage. Mir fällt gerade ein, dass wir mal in Zehlendorf einen Waldspielplatz hatten. Der hat sich aufgelöst. Wir hatten mal nachgefragt und gehört, dass es nicht mehr erwünscht ist, solche Sachen für die Kinder einzurichten. Ich wollte fragen, ob es sonst irgendwo in Berlin noch einen gibt, wie die Einstellung dazu ist und ob man nicht diese Naturerfahrung für Kinder, die mit ihren Kitagruppen mal in den Wald gehen und sich auf so einem Waldspielplatz etwas austoben können, doch vielleicht wieder als notwendig ansehen könnte.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Es gibt noch Waldspielplätze. Wir legen auch jedes Jahr einen neu an oder erneuern ihn grundsätzlich mit den Spezialisten, die bei uns für so etwas geschult sind. Es gibt das Problem der Verkehrssicherungspflicht, die aufwendig und teuer ist, und die wir nicht mehr in vollem Umfang leisten können. Deswegen ist die Zahl der Spielplätze wie auch die der Bänke usw. insgesamt rückläufig, zumal sehr häufig sehr alte Buchen usw. darüber stehen, die ein Verkehrssicherungsproblem darstellen, und wir müssten entweder die alten Bäume absägen oder den Spielplatz verlegen oder auslaufen lassen.

Irene Köhne (SPD): Ganz konkret: Wir hatten einen an der Glienicker Straße, Ecke Königsweg, wenn man dort in den Wald reingeht. Den gibt es nicht mehr, aber es gab eigentlich immer eine große Nachfrage. Da sind auch eine Schule und mehrere Kitas, die den eigentlich gern wiederhaben wollen.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Das ist auch eine Kostenfrage.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Da sind Sie ja hier an der richtigen Adresse. Wir sind schließlich auch der Haushaltsgesetzgeber. – Frau Kapek!

Antje Kapek (GRÜNE): Als Resümee der bisherigen Diskussion schlägt eindeutig auf, was Frau Sorges in ihrem Eingangsstatement zaghaft angedeutet hat, nämlich dass oft sehr vordergründig die Erholungsfunktion des Waldes beton wird und weniger das, was Herr Lakenberg während unserer Exkursion häufiger erwähnt hat, nämlich die Bedeutung der Klimaanpassung bzw. Kompensation durch den Wald. Wenn man dann aber hört, dass es Mountainbikefahrer, Reiter und Hunde gibt – Ich würde mich an der Stelle dezidiert gegen weitere Hundeauslaufgebiete aussprechen. Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Dingen, illegale Partys, zum Beispiel auf dem Teufelsberg und an anderer Stelle. Ich finde es schwierig, wenn man überlegt, gerade in diesem Bereich, das Ganze noch weiter zu einem Eventort auszubauen. Da ich nur sehr unbedeutend in der Opposition bin, wäre es quasi an der Stelle eher eine Bitte und ein Appell, bei der Planung solcher bedeutsamen Orte wie dem Teufelsberg oder der Umgebung des Müggelturms im Hinterkopf zu behalten, dass es nicht nur um eine Erholungsfunktion geht, sondern tatsächlich um die Natur- und Umweltfunktion bzw. um die Wahrung des geschichtlichen Erbes.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Vielen Dank! – Frau Kubala, bitte!

Felicitas Kubala (GRÜNE): Sie haben hier auch das sehr schöne Programm der Berliner Waldschulen der Berliner Forsten ausgelegt. Das ist auch ein Teil Öffentlichkeitsarbeit für den Wald – weil wir vorhin darüber sprachen. Ich kann mich erinnern, dass es letztes Jahr in Zehlendorf sehr viel Ärger mit der Waldschule in Verbindung mit den Schießständen gab, die sich da befinden. Konnte zwischenzeitlich etwas in dieser Frage getan werden? Das war eine ziemliche Belastung auch für die Kinder, die im Wald gespielt haben, durch diese Schießstände, die, glaube ich, von der Polizei sind.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Der Hauptnutzer ist die Polizei und der Polizeisportverein. Das Schießen wurde vor einigen Jahren auch auf sonntags ausgedehnt. Das findet jetzt sieben Tage die Woche statt. Da ist von unserer Seite aus nichts zu erreichen, denn für Landschaftsschutzgebiete oder Wald gibt es für Schießlärm keine speziellen Deckelungen. Der Eigentümer dort kann sich auf sein altes Recht von – was weiß ich – 1930 berufen, hat

den Besitzstand und muss nicht die neuesten technischen Errungenschaften zur Lärmminde-
rung berücksichtigen. Insofern ist das Problem weiter ungelöst.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Herr Magalski!

Philipp Magalski (PIRATEN): Die Übersicht der Waldschulen ist sehr gut gelungen. Da haben wir allerdings nur die Schulen. Ich vermisse den Waldkindergarten, den es in Berlin auch gibt. Oder steht der nicht mit den Berliner Forsten in Verbindung?

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Wir fördern Waldkindergärten nach Kräften und kooperieren. Es gibt zum Beispiel auch schon einen Waldhort, wo die Kindergartenkinder inzwischen älter geworden sind. Aber wir betreiben nur diese beiden Schulen, die eine in Bogen-
ensee mit Übernachtungsmöglichkeiten und die andere ohne. Die Kapazität reicht rechnerisch, dass ein Grundschulkind mindestens einen Tag in so einer Einrichtung verbringen kann. So ist die Kapazität kalkuliert.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Herr Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Wie ist die Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung bzw. Umwelt- und Naturbildung in diesen Waldschulen?

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Frau Kubala!

Felicitas Kubala (GRÜNE): Es geht mir noch mal um den Holzverkauf. Sie haben gesagt, die Veränderung in den Einnahmen sei insbesondere auf den Holzpreis zurückzuführen. Ich habe im Rahmen einer Sauesper auch mal von einem Ihrer Förster gehört, dass man zum Teil sehr hochwertiges Holz habe, das für die Möbelherstellung eingesetzt werden kann. Was ist das für eine Holzart? Wir haben hier eher junges Kiefernholz gesehen. Gibt es nach wie vor dieses sehr hochwertige Holz, das verkauft wird? Soweit ich das in Erinnerung habe, war das mit erheblichen Preisaufschlägen verbunden. Also, man konnte ziemliche Einnahmen erzielen. Die Information ist allerdings bestimmt schon wieder zwei, drei Jahre alt. Deswegen hat es mich heute verwundert, dass es dieses eher minderwertige Kiefernholz ist. Können Sie das auch auf andere Holzgruppen ausweiten?

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Es gibt noch drei Wortmeldungen: Herr Magalski, Frau Platta und Herr Trapp. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Redeliste schließe, Herr Lakenberg das Schlusswort hat und wir dann zu den letzten Ausführungen im Rahmen der Sitzung kommen? – Dann hat Herr Magalski das Wort.

Philipp Magalski (PIRATEN): Meine Frage geht in Richtung Wildtierstation bzw. Wildtierklinik in Düppel. Wie sieht es aus, wenn verletztes Wild gefunden wird? Ist dann die Einschätzung des Försters oder des zuerst Eintreffenden Mitarbeiters die, die es ausmacht, ob das Tier in die Wildtierklinik verbracht wird oder ob es vor Ort getötet werden muss, wenn ihm nicht mehr zu helfen ist? Wie sieht die Arbeit bzw. die Beziehung der Berliner Forsten zur Wildtierklinik aus?

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Nicht mehr zum Tier, aber zum Wasser hätte ich gern noch mal nachgefragt. Sie haben gesagt, Sie machen den Umbau des Waldes wegen der zu erwartenden Grundwasserveränderungen. Wir haben in den letzten Monaten am Runden Tisch „Grundwassermanagement“ teilgenommen. Dort ist immer wieder betont worden, dass es viele Bereiche in der Stadt gibt, wo eher steigendes Grundwasser zu verzeichnen ist. Sie haben in diesem Umbauprogramm verschiedene Standorte – von trocken, mäßig feucht bis feucht – mit Baumpflanzungen beschrieben. Wie entwickeln sich diese Bereiche innerhalb des Berliner Forstes? Eher hin zu feucht oder eher zu trocken?

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Herr Trapp!

Peter Trapp (CDU): Frau Kubala hat noch mal nach der Holzwirtschaft gefragt. Wenn man ab und zu mit dem Fahrrad durch den Wald fährt, sieht man, dass Private Holz sammeln und einladen. Wie kommt das? Haben die eine besondere Genehmigung? Dürfen die alle Hölzer einsammeln?

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Herr Lakenberg und Frau Sorges dürfen jetzt noch etwas sagen.

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Zum Verkauf von hochwertigem Holz: Das gibt es natürlich auch, aber das sind kleine Mengen. Wir haben nicht sehr viele große Bäume, abgesehen vom Köpenicker Bereich, wo noch sehr viele alte Kiefern stehen. Durch die Abholungsaktion nach dem Zweiten Weltkrieg ist hier nicht viel da, also fällt da auch nicht viel an. Wir gehen trotzdem jedes Jahr auf die Versteigerung mit einem kleinen Sortiment guter Hölzer – die ist meistens in Chorin – zusammen mit Brandenburg, den Bundesforsten und Mecklenburg-Vorpommern, um potente Käufer zu bekommen. Das wird da ersteigert, und da kommen pro Kubikmeter Preise bis 500, 600 Euro zustande. Das Holz ging in der Vergangenheit erstaunlicherweise häufig nach Süddeutschland, Nordrhein-Westfalen oder England, heute mehr nach Polen oder Tschechien. Das hat aber nicht dazu geführt, dass wir insgesamt eine erhöhte Nachfrage nach gutem Holz mit gutem Preis in der Menge hätten, sondern das sind spezielle Geschäfte, wo man auch sehen kann, wie die Konjunktur ist.

Aber die Preise sind in den letzten Jahren nicht wesentlich angezogen, sondern bleiben ungefähr auf diesem Niveau. Der starke Anstieg ist gerade bei der Massenware, die wir hier auch gesehen haben. – Zu den Wildtieren können wir uns die Antwort teilen.

Anja Sorges (NABU Berlin): Von unserer Seite: Wenn es bei verunfallten Tieren um Wildtiere im Sinne des Jagdgesetzes geht und vor Ort jemand ist, der Jagdausübungsberechtigter ist und feststellt, dass sich ein Tier quält und eigentlich sofort von diesen Qualen erlöst werden muss, dann hat der Jagdausübungsberechtigte die Möglichkeit zu helfen. Es ist überhaupt nicht realistisch, sich ein verunfalltes Wildtier in irgendeiner Form in den Kofferraum zu legen, es in die Wildtierklinik zu fahren, damit es dort behandelt wird, und zu hoffen, dass es vor lauter Stress nicht schon auf dem Transport dorthin stirbt. Vielmehr ist es so, dass in die Tierklinik leider Wildtiere eingeliefert werden, die gar nicht hilfsbedürftig sind. Es werden das gesunde Rehkitz und der ebenfalls gesunde kleine Waschbär eingesammelt, der vielleicht mutterseelenallein am rechten Wegesrand hockte. Es ist so, dass der durchschnittliche Berliner – tierlieb wie er nun einmal ist – sagt: Das ist eine Situation, die ich nicht einordnen kann, aber in der Tierklinik wird geholfen. Das gilt für verunfalltes Wild, für ein Reh, das vor ein Auto gerannt ist, oder für ein Wildschwein, das überfahren worden ist. Wer von Ihnen einmal versuchte, ein verunfalltes Reh am Boden festzuhalten, damit es wenigstens nicht wegrent – Arnold Schwarzenegger wäre stolz auf Sie. Das schaffen Sie nämlich nicht – abgesehen von der Stresssituation. – Also, in der Tierklinik kommen weniger die Wildtiere an, die in irgendeiner Form in einen Verkehrsunfall verwickelt gewesen sind als die, die – – – [Zuruf: ... sich nicht wehren können!] – So hart wollte ich es gerade nicht ausdrücken. – Ansonsten: Wenn es um die Beurteilung geht, ob ein Wildtieres hilfsbedürftig ist oder nicht, dann ist ein Jagdausübungsberechtigter durchaus dazu in der Lage und sollte dementsprechend handeln können.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Herr Lakenberg, bitte!

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Eigentlich brauche ich nichts zu ergänzen. Der Grundsatz nach dem Tierschutz ist, dem Tier unnötige Qualen zu ersparen. Aufgrund der Verletzungen heißt das in vielen Fällen: Das Mittel der Wahl ist, das Tier vor Ort zu erschießen, weil die Qualen dann vorbei sind und nicht auch noch die Stresssituation hinzu kommt, wenn es irgendwohin gefahren wird.

Es wurde noch nach der Grundwasserveränderung gefragt. – Das Grundwasser steigt eher. Da gibt es Unterschiede in den verschiedenen Bereichen. In den Waldbereichen ist es nach wie vor so, dass der Grundwasserstand nicht steigt, sondern eher fällt, was auch mit den Brunnengalerien zusammenhängt. In Spandau wird versucht, das durch oberflächlich versickerndes Wasser auszugleichen, aber auch da haben wir, zum Beispiel aufgrund der Tatsache, dass der höchste Wasserverbrauch immer im Sommer stattfindet, den tiefsten und im Winter den höchsten Wasserstand. Genau umgekehrt wäre es natürlich und sinnvoll, denn die Wurzeln der Bäume können nicht beliebig mitgehen, sondern müssen sich auf irgendein Niveau ungefähr einpendeln können. Das hängt immer auch ein wenig von der Witterung des jeweiligen Jahres ab, aber es gibt auch bebaute Bereiche, in denen die Keller nass sind. Man muss sehen, inwieweit man das Grundwassermanagement optimieren kann. Es könnte auch noch mehr Wasser in den Quellgebieten verbleiben, was dann über entsprechende Vorfluter und eine Kanalisation in entsprechenden Mengen an bestimmten Punkten sehr schnell ankommt.

Zu den privaten Holzabholern: Es ist so, dass das Holz generell an Private verkauft wird, an Firmen und Endverbraucher – manche machen sich das Brennholz selbst. Insofern gibt es auch Private, die berechtigt sind, Holz abzufahren. In zunehmendem Maß gibt es Diebstahl, auch organisierten Diebstahl, mit Lkw. Wenn wir oder die Polizei das mitbekommen, dann kann man den Betreffenden stellen – wir bekommen auch Hinweise von Waldbesuchern – und feststellen, ob dieser eine Genehmigung hat, das Holz abzufahren oder nicht. Die großen Firmen – zum Beispiel die Zellstoff Stendal GmbH – lassen das Holz immer eine Weile im Wald liegen und fahren es ab, wenn sie es brauchen. Das hängt nicht davon ab, ob das nun ein deutscher, tschechischer oder polnischer Lkw ist. Im Zweifelsfall fahren alle für deutsche Werke, aber müssen von uns einen Holzabfuhrschein dabei haben. Gelegentlich haben sie diesen Abfuhrschein nicht – auch wenn sie berechtigt sind, das Holz abzufahren –, und dann gibt es das eine oder andere Problem. Im Prinzip wird das Holz an Private verkauft.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Vielen Dank, Frau Sorges und Herr Lakenberg, für die ausführlichen und erkenntnisreichen Auskünfte. – [Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Entschuldigung!] – Herr Altug! Ich hatte die Redeliste eigentlich schon geschlossen.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Ich möchte nur einwenden, dass meine Frage noch nicht beantwortet worden ist. Sie bezog sich auf die Zusammenarbeit zwischen den Berliner Forsten und den Umweltschutzverbänden.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Es passt, dass diese Frage zum Schluss noch beantwortet wird. – Herr Lakenberg!

Elmar Lakenberg (Landesforstamt Berlin): Es ist so, dass wir – jedenfalls, seitdem ich diese Verwaltung leite – mit den Naturschutzverbänden – Frau Sorges ist auch regelmäßig dabei – einen Runden Tisch haben, der alle zwei Monate jeden dritten Mittwoch stattfindet, wo wir uns über aktuelle Probleme oder grundsätzliche Dinge unterhalten. Wir wollen uns jetzt verstärkt mit dem Thema Biodiversität im Wald auseinandersetzen. Dazu gab es – zusammen mit der obersten Naturschutzbehörde – eine Startveranstaltung. Wir wollen dort weiter darüber diskutieren, wo wir welche Schwerpunkte setzen können, um bestimmte Arten besser zu unterstützen. Das können wir nicht auf ganzer Fläche machen. Prinzipiell bedenken wir den Naturschutz auf ganzer Fläche mit – auch bei den Pflegemaßnahmen –, aber bei solchen speziellen Maßnahmen, bei denen es um Offenhaltung von Flächen geht, die nicht bewaldet werden sollen, steht ein Aufwand dahinter, der machbar sein muss. Da geht es um die Abstimmung, welche Flächen die wertvollsten und wichtigsten sind.

Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher: Auch dafür noch mal herzlichen Dank! – Ich denke, wir können beide Besprechungspunkte als erfolgreich besprochen für erledigt erklären. Das ist in Ihrem Sinn. – Wir bedanken uns herzlich bei Ihnen – [Allgemeiner Beifall] – für die Gastfreundschaft, für Ihre Auskünfte, die Führung und das Wetter.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Natur- und Landschaftsschutz in Berlin:
geänderte gesetzliche Grundlagen, Praxis der
Beteiligung von Verbänden im Natur- und
Landschaftsschutz, Regelungen zu Ausgleichs- und
Ersatzmaßnahmen und Perspektiven der
Naturschutzbehörden**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0055](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ist die Berliner Grünflächenpflege für einen heißen
Sommer personell und finanziell gerüstet? Wie kann
die Bürgerbeteiligung dabei realisiert werden?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0038](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.